

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

I. Allgemeines

[urn:nbn:de:bsz:31-221135](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-221135)

Vorwort.

Im Verwaltungsbericht für das Wirtschaftsjahr 1933 gibt die neugebildete nationalsozialistische Stadtverwaltung Rechenschaft über das erste Jahr ihrer Verwaltungsführung. Sie kann hierbei auf eine reiche Fülle bewältigter Arbeit zurückblicken. Daß diese Arbeit erfolgreich war, beweisen die verschiedenen im Bericht aufgeführten Ziffern. Das Jahr des politischen Umbruchs, 1933, stand auch bei der Stadtverwaltung ganz im Zeichen des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit. Für die umfangreichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen stellte die Stadtverwaltung einen Betrag von 5 382 500 *R.M.* zur Verfügung, außerdem förderte sie den Wohnungsneubau durch Ermäßigung der Bauplatzpreise, Senkung der Anliegerbeiträge und Gewährung von Zuschüssen für Kleinwohnungen und Eigenheime. Für zweite Neubauhypotheiken übernahm sie die Ausfallbürgschaft. Das Reich gewährte Zuschüsse für Instandsetzungsarbeiten an Gebäuden. Die Durchführung des Zuschußverfahrens war der Stadt übertragen. Insgesamt konnten im Berichtsjahr Zuschüsse von 1 254 000 *R.M.* zugesagt werden, für die alsdann Instandsetzungsarbeiten im Betrage von 5 1/2 Millionen *R.M.* auszuführen waren. Durch die genannten Maßnahmen der Reichsregierung und der Stadtverwaltung floß der Wirtschaft der Landeshauptstadt Karlsruhe ein Betrag von insgesamt 11 Millionen *R.M.* zu, von dem allerdings nur rund die Hälfte im Laufe des Berichtsjahres noch verwendet werden konnte.

Die Belebung der Karlsruher Wirtschaft war im Bereiche der Stadtverwaltung allgemein zu verspüren. Die Zahl der eingereichten Baugesuche näherte sich mit 1130 der Höchstzahl der in der Nachkriegszeit während eines Jahres überhaupt vorgelegten Gesuche. Eine günstige Entwicklung zeigten auch die städtischen Werke. Die Gasabgabe konnte eine Steigerung gegenüber dem Vorjahre von 6,98 v. H. verzeichnen, der Wasserverbrauch stieg um 8,55 v. H., die Stromabgabe sogar um 14,90 v. H. an. Bei der Straßenbahn war zwar im Vergleich zum Vorjahr noch ein Benützungsrückgang von 4,37 v. H. zu bemerken, aber auch bei ihr war gegen Ende des Berichtsjahres ein Stillstand im weiteren Niedergang, zum Teil sogar eine Belebung gegenüber den entsprechenden Monaten des Vorjahres festzustellen. Dem Rheinhafen war ebenfalls eine weitere Erhöhung der Umschlagsziffern beschied; diese erreichten den Höchststand seit Bestehen des Hafens und lagen um 5 v. H. über den letztjährigen. Auch beim Stadtgarten zeigte sich beim Besuch mit Tageskarten eine Steigerung um 17,2 v. H. Beim Schlacht- und Diehhof war allerdings ein Rückgang in der Benützung zu beobachten, der jedoch zu einem gewissen Teil darin begründet liegt, daß durch das neue Fleischsteuergesetz die Schlachtung von schwereren Tieren begünstigt wurde. Das Fürsorgeamt hatte erstmals seit Jahren eine Verminderung in der Beanspruchung aufzuweisen. Die laufenden Unterstützungsfälle gingen um 14,6 v. H. zurück, die Wohlfahrtserwerbslosen nahmen sogar um 39,1 v. H. ab. Die Einkommen- und Körperschaftsteuerüberweisungen des Reiches brachten zum ersten Male seit dem Jahre 1929 wieder gestiegene Beträge und zwar gegenüber dem Vorjahre um 8,07 v. H. Bei der Bürgersteuer, bei der ein Vergleich mit dem Vorjahre infolge Änderung der Sätze nicht möglich ist, war gegenüber dem Voranschlag ein Mehrbetrag von 226 206 *R.M.* zu erreichen. Das Wirtschaftsergebnis des Jahres 1933 zeigte zwar noch keine ausgeglichene Wirtschaft, doch ließ sich der Fehlbetrag, der bei der Aufstellung des Haushaltsplanes sich auf 1 340 990 *R.M.* belief, auf 616 585 *R.M.* herabdrücken. Die Spareinlagen bei der städtischen Sparkasse nahmen im Berichtsjahr ebenfalls wieder eine günstige Entwicklung. Gegenüber einer Verminderung im Vorjahre um 3 500 000 *R.M.* war im Geschäftsjahr 1933 ein Zugang an Spareinlagen von 2 550 000 *R.M.*

zu verzeichnen, sodaß die Sparkasse in die Lage versetzt war, durch Gewährung neuer Kredite sich ebenfalls tatkräftig an der Arbeitschlacht zu beteiligen. Die Stadtverwaltung kann daher mit Befriedigung Rückschau auf die Ergebnisse des Wirtschaftsjahres 1933 halten. Trotz aller Erfolge des Berichtsjahres zeigte es sich doch wieder erneut, daß die wirtschaftliche Gesundung von Karlsruhe infolge seiner ungünstigen geographischen Lage und der vollständigen Veränderung seines früheren Charakters nicht gleichen Schritt halten konnte mit derjenigen in den anderen Städten des Reichs, und daß die im geistigen Abwehrkampf stehende südwestdeutsche Grenzmark der besonderen Förderung seitens des Reiches bedarf.

Karlsruhe, im Oktober 1934.

Der Oberbürgermeister:

Jäger.